

Aktive Interessenvertretung Aller Kolleginnen & Kollegen

Informationen für die Kolleginnen und Kollegen der S-Bahn Berlin GmbH – 27. Dezember 2013

**++ 500 Euro ZAT-Zulage abgelehnt +++ Ein Interessenausgleich für den Arbeitgeber
+++ Unsichere Zeiten für die Aufsichten +++Letzter Verhandlungstag im Jan. 2014 ++**

Am 20.12.2013 tagte die Verhandlungsgruppe ZAT-FM des S-Bahn Betriebsrates, bestehend aus Vertretern der TRANSNET-Liste (EVG), der GDL-Liste und einem nicht abstimmungsberechtigten Betriebsratsmitglied, mit dem Arbeitgeber über den Interessenausgleich ZAT-FM.

Auf seiner Mamutsitzung am 19.12. diskutierte der Betriebsrat über die auch von uns – die AKTIVE INTERESSENVERTERTUNG – geforderte ZAT-Zulage in Höhe von 500 Euro für die Lokführer sehr heftig. Einige Betriebsräte warfen uns vor, wir würde damit die Belegschaft spalten und zu Engstirnig sein. Die amtierende Betriebsratsvorsitzende wurde nicht müde Gefahren zu beschwören, wenn wir als Beschäftigte nicht von unseren Forderungen gegenüber dem Arbeitgeber abgehen.

Der Interessenausgleich für die S-Bahn Aufsichten liegt nun vor. Aus ihm sollen, im Lichte einer nur scheinbar verbindlichen Vereinbarung, die Interessen der S-Bahn Beschäftigten berücksichtigt werden, die erst aus dem ZAT-Programm des Arbeitgebers entstanden und nie bei den Betroffenen abgefragt wurden. Punkte des Interessenausgleichs die Gesetze oder Tarifverträge regeln, sind in ihrer Wirkung aus ihm ausgenommen. Da diese dennoch Bestandteil des Interessenausgleichs sind, dienen sie nur dazu, um sie uns als Erfolg zu verkaufen. Unsere/Eure tatsächlichen Verhandlungserfolge und Forderungen werden jedoch in den Rachen des Arbeitgebers geworfen.

Im Geiste eines Aggressors wird nun der Arbeitgeber wohl mit einem Bombenteppich von Anträgen an den Betriebsrat, die flächendeckende Einführung von ZAT durch den Betriebsrat pressen, ohne dass damit eine umfassende Mitbestimmung im Sinne der davon Betroffenen erfolgt. Der Arbeitgeber versicherte zwar kein Bombardement von ZAT-Anträgen zur Mitbestimmung beim Betriebsrat einzureichen. Doch der Betriebsrat kennt sehr genau dessen enges Korsett.

Die Auswirkungen daraus kennen wir von der Vielzahl der oft nur oberflächlich mitbestimmten Arbeitsaufträgen der Lokführer. So ist eine Mitbestimmung des Betriebsrates bei der flächendeckenden Umsetzung von ZAT nur im Rahmen der sehr engen Regeln und Fristen möglich bzw. unmöglich. Wir werden jedoch das Schwert der Mitbestimmung nicht einfach wegwerfen. Mit den uns verbleibenden Zahnstochern werden wir die Wunden des Arbeitgebers finden und ordentlich bearbeiten. Der BR-Vorsitzende Volker Hoffmann - durch seine andauernde Abwesenheit vertreten durch seine Ehefrau Birgit Reichert – ruft nun in aller Eile eine Sondersitzung des Betriebsrates ein, um dort gleich 22 Bahnsteigkanten zur Mitbestimmung auf die Tagesordnung setzen. In Ergebenheit zu ihrem "Wachi", ohne jede Frist. Dieses Verhalten ermöglicht dem Arbeitgeber unverzüglich mit seinem flächendeckenden Arbeitsplatzabbau bei den Aufsichten und der Arbeitsverdichtung bei den Lokführern zu starten. So kann er mit uns, bzw. ohne uns, seine, nicht unsere, Gewinne machen. Diese Politik des widerstandslosen Zuschauen sollte endlich einem starken Betriebsrat weichen, der von uns Gewerkschaftsmitgliedern und Beschäftigten, incl. unserer Interessen, getragen wird.

Übrigens:

**Ohne eine fehlende
Interessenvertretung
und reiner Begleitung
des
Arbeitsplatzabbaus
bei den Aufsichten
und einer
Arbeitsverdichtung
bei den Lokführern,
agieren Betriebsräte
anderen Orts wie
folgt:**



**Hat das Management
bei der S-Bahn in
Berlin etwa einen
Preis bei genau diesen
Betriebsräten
gefunden und gezahlt,
die sich allein seinen
Interessen und
Forderungen
widerstandslos
unterwerfen?**



INFORMATION

19. Dezember 2013

DB Station & Service:

Örtliche Aufsichten in Leipzig, Nürnberg und Stuttgart bleiben!

Erster Erfolg im Streit um die Zukunft der örtlichen Aufsichten bei DB Station & Service. Auf den Bahnhöfen Leipzig, Stuttgart und Nürnberg bleiben diese erhalten. Das sicherte DB-Chef Grube der EVG ausdrücklich zu. Er sprach von „besonderen Herausforderungen“ auf diesen Bahnhöfen.

Damit haben die EVG und ihre Betriebsräte einen wichtigen Erfolg im Kampf um den Erhalt dieser wichtigen Funktionen eingefahren. Auch die Arbeitsplätze bleiben damit bestehen. Doch der Streit geht weiter. Denn „besondere Herausforderungen“ gibt es nahezu überall.

Die Aufsichten sind nämlich wichtige Ansprechpartner für die Kunden. Sie machen Service erlebbar. Die EVG setzt sich deshalb mit Nachdruck für deren Erhalt ein. Sinnvoll wäre deshalb, wenn die DB Kriterien für Einsatz und Umfang der örtlichen Aufsichten erarbeitet. Das würde Planungssicherheit über Jahre schaffen.

Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft –
Vorstandsbereich Klaus-Dieter Hommel
Weilburger Straße 24 - 60326 Frankfurt/Main
Tel: 069 – 75 36 261
www.evg-online.org

Für das neue Jahr wünschen Euch, Die Berliner S-Bahner, alles Gute, vor allem Gesundheit und viel Erfolg in Eurem Leben.

Impressum: Die Berliner S- Bahner – Für eine einheitliche unabhängige gewerkschaftliche Interessenvertretung 27. Dez. 2013

V.i.S.d.P.: Peter Polke Auflage: 1000 Exemplare www.die-s-bahner.info Anschrift der Redaktion: peterpolke@t-online.de